

PRESSEMITTEILUNG

Rekordwert bei umweltschädlichen Subventionen behindert Energiewende

Laut einer Studie des Umweltbundesamtes stieg die Belastung von umweltschädlichen Subventionen auf 52 Milliarden Euro an. Dadurch wird der Erfolg der Energiewende unnötig erschwert. Mit dem Aktionsprogramm Klimaschutz droht eine wichtige Chance vertan zu werden, um diesen Gegensatz abzuschwächen.

„Die Zahlen, die das Umweltbundesamt vorlegt, zeigen einen neuen Rekordwert an umweltschädlichen Subventionen“, kommentiert Damian Ludewig, Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Nach 42 Milliarden Euro im Jahr 2006 über 48 Milliarden im Jahr 2008 ist die Zahl nun 2010 auf mehr als 50 Milliarden Euro angewachsen. „Die Bundesregierung macht sich das Leben selbst unnötig schwer. Umweltschädliche Subventionen verzerren nicht nur den Wettbewerb und belasten den Staatshaushalt, sie blockieren auch Erfolge bei Klimaschutz und Energiewende. Beim Aktionsprogramm Klimaschutz hat die Bundesregierung die Gelegenheit verpasst, der dreifachen Belastung von Subventionen ein Ende zu bereiten“, so Ludewig weiter. So müssten Steuern und Abgaben an anderer Stelle unnötig hoch sein, um diese Subventionen zu finanzieren. „Bei der Energiewende müssen Haushalte und nicht-privilegierte Unternehmen die Industrieausnahmen schultern - über eine höhere EEG-Umlage“, erklärt Ludewig.

Insgesamt erhält die deutsche Industrie jährlich Vergünstigungen bei den Energiepreisen in Höhe von 16 Milliarden Euro. Bei der Regelung von Industrieausnahmen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) werde vielmehr belohnt, wer besonders viel Energie verbrauche. „Besonders ineffiziente Unternehmen werden finanziell belohnt, effiziente Unternehmen hingegen bestraft“, kritisiert Swantje Kückler, Leiterin „Energiepolitik“ beim FÖS. Gemäß der letzten EEG-Novelle können 219 von 246 und damit 90 Prozent aller Industriebranchen weiterhin Ausnahmen bei der EEG-Umlage beantragen, ganz gleich ob sie im starken internationalen Wettbewerb stehen.

Subventionen verursachen auch Umweltschäden, die direkt oder indirekt Menschen belasten. Hierfür müssen erneut zusätzliche Staatsausgaben bereitgestellt werden, um diese Schäden zu beseitigen. Auffallend sei dies auch im Verkehrssektor, auf den mit 24,4 Milliarden Euro ein Großteil der Subventionen entfällt. Beispielsweise wird der Luftverkehr gegenüber anderen Verkehrsträgern durch die Befreiung von der Mineralölsteuer und der Mehrwertsteuer mit über zehn Milliarden Euro privilegiert. Ein weiteres Beispiel für eine umweltschädliche Vergünstigung sind Dienst- und Firmenwagen mit über drei Milliarden Euro. Von dieser Steuervergünstigung profitierten nur diejenigen, die durch ihren Job überhaupt erst die Möglichkeit hätten, einen Dienstwagen zu bekommen. „Umweltschädliche Subventionen sind daher oftmals auch noch sozial ungerecht“, beanstandet Ludewig.

„Umweltschädliche Subventionen führen dazu, dass politisch eigentlich gewolltes Verhalten von Konsumenten und Unternehmen häufig künstlich teurer oder unrentabel ist. Für eine ökologische Transformation der Wirtschaft ist es wichtig, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen“, so Ludewig weiter. Statt Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung finanziell zu fördern, solle besser nachhaltiges Wirtschaften belohnt werden. „Durch den konsequenten Abbau von umweltschädlichen Subventionen könnten wir nicht nur für sinnvollere Preisanreize sorgen, sondern auch notwendige Investitionen für die Zukunft vornehmen“, erklärt Ludewig. Er verweist dabei auf die Energieeffizienz-Maßnahmen im Aktionsprogramm Klimaschutz und Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE). „Ein Großteil der im Bereich Energieeffizienz angekündigten neuen Maßnahmen bedeuten Staatsausgaben, die gegenfinanziert werden müssen - am besten durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen“, fordert Ludewig.

*Kontakt: Martin Ruck, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
martin.ruck@foes.de, 030-7623991-41*

Weitere Informationen:

Umweltbundesamt (2014): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland, aktualisierte Ausgabe 2014, http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/umweltschaedliche_subventionen_in_deutschland_aktualisierte_ausgabe_2014_fachbroschuere.pdf

FÖS (2014): Klimaschutzplan lässt zu viel offen. Stellungnahme zum Aktionsprogramm Klimaschutz des BMUB, www.foes.de/pdf/2014-12-FOES-Stellungnahme-Aktionsprogramm-Klimaschutz.pdf

FÖS (2014): Effizienzwende mit NAPE auf richtigem Weg - aber längst nicht am Ziel. Stellungnahme zum Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE), www.foes.de/pdf/2014-12-FOES-Stellungnahme-NAPE.pdf